

# Protokollauszug

aus der  
30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
vom 29.11.2022

---

öffentlich

**Top 5.5 Mental Health Care für Kinder und Jugendliche stärken  
22/SVV/0567  
geändert beschlossen**

Herr Seefeldt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Sie macht dabei deutlich, dass der Bedarf sehr hoch ist. Derzeit erfolgt die Auftragsklärung zur Durchführung eines Fachgesprächs zum Thema Mental Health für Kinder und Jugendliche. Dazu soll dann dem Jugendhilfeausschuss Bericht erstattet werden.

Herr Pfeiffer (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) ergänzt, dass der Jugendhilfeausschuss den Prüfauftrag durchaus so erkannt hat. Es wird ein gemeinsamer Workshop zwischen den Geschäftsbereichen 2 und 3 durchgeführt. Unmittelbar nach dem Workshop werden die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Es sind aber auch Dinge auf Landesebene vorzubringen.

Herr Fröhlich schlägt vor, der Fassung des Jugendhilfeausschusses zu folgen, da dieser die Federführung hat.

Herr Teuteberg bittet um Abstimmung über die Fassung des Jugendhilfeausschusses.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die Drucksache in Fassung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Eine Offensive für Mental Health Care sowie der Ausbau für ausreichend Anlaufstellen ist dringend erforderlich. Daher beauftragen wir den Oberbürgermeister folgende Punkte zu prüfen:

- 1.) **Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kommune bestehen den schulsozial- und psychologischen Dienst zu erweitern. Hierbei sollen insbesondere die Bedarfe von minderjährigen Flüchtlingen berücksichtigt werden. Dem Jugendhilfeausschuss ist unmittelbar nach dem Workshop vom Geschäftsbereich 2 und 3 „psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche“ inklusive der finanziellen Auswirkungen zu berichten.**
- 1.) ~~Den weiteren Ausbau von Stellen für Schulpsychologen, hierbei soll zusätzlich geprüft werden, ob geflüchtete ukrainische Psychologen die Möglichkeit bekommen können, an Schulen und weiteren Jugendeinrichtungen tätig zu werden.~~
- 2.) ~~Ob in Potsdam in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeuten sowie die Anzahl der Terminservicestellen für die Vermittlung von Psychotherapieplätzen erhöht werden kann.~~

~~3.) Wie hierbei auch externe Träger (Dienstleister der Stadt) eingebunden werden können und eventuelle „Springer“ mit der Qualifikation als Sozialpädagoge, an den Schulen situations- und standortbedingt einzusetzen möglich ist.~~

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.